



50,3 Prozent der Schweizer Stimmbürger nehmen die Masseneinwanderungsinitiative an.

NZZ AM SONNTAG, 16.2.2014

Das letzte Wort des Volkes ist noch nicht gesprochen

NZZ a.S. 16.2.2014

Führt die Initiative gegen die Masseneinwanderung zum Bruch mit der EU? Eher nicht. Das Volk dürfte sich mit der Frage nochmals befassen müssen. Und im zweiten Anlauf setzen sich hierzulande zumeist Pragmatismus und Vorsicht durch, schreibt Pascal Hollenstein

Die Szenerie gemahnte gespenstisch an den nordkoreanischen Rundfunk: Nachdem seine Masseneinwanderungsinitiative mit einem Zufallsmehr angenommen worden war, wandte sich SVP-Chefstrategie Christoph Blocher via «Teleblocher» an die Bevölkerung. Im Hintergrund waren gemalte Kühe zu sehen, der stets unterwürfige Moderator lieferte Stichworte und nickte. In den letzten Tagen durften auch richtige Medien Blocher Fragen stellen. Die Botschaft indes war stets die gleiche: Blocher weiss, wie die Initiative ausulegen ist. Er weiss, weshalb das Volk Ja gesagt hat. Er weiss, was der Bundesrat jetzt zu tun hat. Und sollte die Exekutive nun nicht spüren, dann, so Blochers SVP, muss man sie halt abwählen oder mit einer Durchsetzungsinitiative auf Kurs zwingen.

Gewiss, es steht den Lancierenden einer Volksinitiative frei, ihre Sicht der Dinge nach der Abstimmung einzubringen. Sie dürfen auch jederzeit allerlei zusätzliche Vorstösse, Referenden und Initiativen ankündigen.

Im Grunde sind ihre Einlassungen aber vor allem einmal unerheblich. Im Moment nämlich, da eine Volksinitiative zum Verfassungstext geworden ist, gehört sie nicht mehr den Initianten, sondern allen Schweizern.

Die Ordnung unseres Landes will es, dass die Verfassung von der Legislative in Gesetze umgegossen wird und diese dann von der Regierung umgesetzt werden. Regierung und Parlament haben bei der Umsetzung von Verfassungsnormen zudem Spielraum. Im vorliegenden Text ist dieser erheblich, denn die Initiative ist in vielen Punkten unklar formuliert oder lässt Dinge offen. Es gilt in anderen Worten nun politisch auszuhandeln, was aus der neuen Verfassungsnorm konkret abgeleitet werden kann und muss. Eine besondere Rolle kommt den Initianten in diesem Prozess nicht zu. Sie haben nicht einmal das Recht, eine in ihren Augen falsche Auslegung der Initiative einzuklagen. Die SVP selber hat sich ja immer und erfolgreich gegen eine Verfassungsgerichtsbarkeit, die dies ermöglichte, gewehrt.

Zwar hat der Bundesrat in der Vergangenheit versucht, Initianten in die Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen einzubinden. Die Kommission unter Heinrich Koller zur Ausschaffungsinitiative war so ein Fall. Ein Sündenfall, müsste man sogar sagen: Im Kern freilich sind derartige Gremien ein Systembruch, ihre Beschlüsse nicht bindend und im konkreten Fall ein Fiasko. Bei der Masseneinwanderungsinitiative sollte man sich hüten, den gleichen Fehler zu machen. Der Suche nach realistischen, politisch umsetzbaren Lösungen sind solche Gruppen abträglich.

In der Summe bedeutet dies, dass der Bundesrat nun einen Vorschlag für die Umsetzung der Initiative ausarbeiten muss. Gleichzeitig wird er Gespräche mit der EU aufnehmen. Vieles deutet darauf hin, dass man versuchen muss, aus der innenpolitischen Fragestellung der Initiative und aussenpolitisch anstehenden Dossiers - Erweiterung der Freizügigkeit auf Kroatien, Forschungszusammenarbeit, Unternehmensbesteuerung, Stromabkommen, institutionelles Rahmenabkommen - ein Paket zu schnüren. Trägt man den Sorgen der Stimmbürger Rechnung, so wird man darin auch Massnahmen in der Raumplanung, im Wohnungsbau oder im Bereich des Arbeitnehmerschutzes unterbringen müssen.

Es bahnt sich hiermit ein 3.Paket bilateraler Verträge mit flankierenden Maßnahmen an. Die Verhandlungen hierüber sind, zugegeben, komplex und anspruchsvoll, und die Schweiz ist dabei auch auf offene Türen in Brüssel angewiesen. Dass der Plan gelingt, ist aber zumindest möglich. Auch in der EU-Zentrale, so ist anzunehmen, wird man nach der ersten Aufregung zwischen Initianten und Bundesrat unterscheiden können.

Und dann? Dann kennt der Stimmbürger das konkrete Verhandlungsergebnis und kann noch einmal abstimmen. Nimmt der Souverän das Paket an, kann die Initiative als umgesetzt gelten. Falls nicht, müssten die Bilateralen wohl gekündigt werden. Jedenfalls entscheidet der Souverän dannzumal wirklich in Kenntnis aller Konsequenzen. Und in der demokratischen Praxis dieses Landes hat das Volk schon oft zunächst ein Protestzeichen an der Urne gesetzt, um dann bei der weiteren Problembewältigung Pragmatismus und Vorsicht walten zu lassen. Das war nach dem EWR-Nein mit den Bilateralen so und etwa auch bei der Umsetzung der Alpeninitiative.

Bis dann freilich gilt es vor allem, ruhig Blut zu bewahren und Störmanöver abzuwehren. Der noch viel radikaleren Ecopop-Initiative ist genauso eine Absage zu erteilen wie den übertriebenen arbeitsmarktlichen Regulierungsvorstössen der Linken. Vor allem aber muss eine Lösung mit Kroatien gefunden werden, welche die nun aufzunehmenden Gespräche nicht torpediert. Die anstehende Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf dieses Land ist jenes Dossier, welches den Bundesrat zeitlich am stärksten unter Druck setzt.

Das Volk hat dem Bundesrat eine schwer zu lösende Aufgabe gestellt. Man sollte ihn jetzt arbeiten lassen und die Ergebnisse dann beurteilen, wenn sie vorliegen. Klar, die SVP wird nicht müde werden, das alte Lied vom Verrat zu singen, wonach der angeblich EU-hörige Bundesrat sich um den Volksauftrag drücke. Dies zu beurteilen, darf man aber getrost dem Souverän überlassen.

EU/SCHWEIZ: EIN PAAR FAKTEN ZUM KRÄFTEVERHÄLTNIS

Daniel Binswanger im „Das Magazin“ des TAGESANZEIGERS vom 13. Februar 2014

Nachdem die Schweiz beschlossen hat, der EU gegenüber auf Konfrontationskurs zu gehen, zirkulieren die wildesten Zahlen zum Kräfteverhältnis zwischen der Schweiz und der EU und zu den gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten. Ein leiser Größenwahnsinn scheint sich der helvetischen Entscheidungsträger zu bemächtigen, nicht nur der Initiativ-Befürworter, welche die Sanktionsmöglichkeiten der EU jetzt so klein wie möglich reden wollen, sondern auch der breiten öffentlichen Meinung. Wie sieht das Kräfteverhältnis de facto aus? Im folgenden ein paar Zahlen:

1. Die Handelsbeziehungen: Die Schweiz und die EU sind durch regen Außenhandel verflochten. Im Jahr 2012 beliefen sich die Waren-Einfuhren aus der EU-27 in die Schweiz auf knapp 140 Milliarden Franken. Die Exporte aus der Schweiz in die EU-27 betragen rund 118 Milliarden. Wir sind also in der Tat ein sehr guter Kunde der EU (nach den USA und China das dritt wichtigste Exportland), und die 27 EU-Länder haben zudem unter dem Strich einen Handelsüberschuss von gut 20 Milliarden erzielt. Kann man daraus schließen, dass der Außenhandel mit der Schweiz für Europa wichtiger ist als der Außenhandel mit der EU für uns? Leider nein, sehr im Gegenteil.

Das ergibt sich zunächst aus dem Anteil der Exporte an den Gesamtausfuhren. Die Ausfuhren in die Schweiz belaufen sich auf rund 8 Prozent des EU-27-Warenexports (im Jahr 2010 waren es genau 7,8 Prozent). Für das Exportland Schweiz hingegen sind die Ausfuhren in die EU ungleich wichtiger: Im Jahr 2012 machten sie 56 Prozent aller Ausfuhren aus. Die EU hat also für den Schweizer Export in etwa siebenmal mehr Gewicht als die Schweiz für den EU-Export.

Ein noch größeres Ungleichgewicht zu Ungunsten der Schweiz herrscht bei der Bedeutung des Exports für die Gesamtwirtschaft. Die 118 Milliarden Schweizer Warenausfuhren in die EU stellen etwa 20 Prozent des helvetischen BIPs dar. Die 140 Milliarden EU-Exporte in die Schweiz stellen nur 0,9 Prozent des EU-27-BIPs dar, das sich 2012 auf 15,6 Billionen Franken belief. Wenn sich über Nacht aufgrund von Retorsionsmassnahmen der Warenaustausch zwischen der EU und der Schweiz halbierte, so würde die CH-Wirtschaft um 10 Prozent schrumpfen und in eine katastrophale Rezession stürzen. Die europäische Wirtschaft verlöre lediglich 0,45 Prozent, würde also zwanzigmal weniger in Mitleidenschaft gezogen. Ein Wirtschaftskrieg zwischen der Schweiz und der EU, wäre für die Schweiz absolut vernichtend. Für die EU wäre er sicher nachteilig, und sie wird ihn zu vermeiden versuchen. Für das Gesamtwachstum der EU-Volkswirtschaften wäre er jedoch kaum spürbar.

2. Die Migrationsströme: Gemäß Ausländerstatistik lebten im August 2013 genau 1 230 513 EU-Bürger in der Schweiz. Umgekehrt lebten knapp 440 000 Auslandschweizer in der EU. Das bedeutet zwar, dass fast dreimal mehr EU-Bürger in der Schweiz niedergelassen sind als umgekehrt, doch muss man bei diesem Verhältnis die Bevölkerungszahlen der Herkunftsländer mitberücksichtigen. Die EU-27 hat eine Wohnbevölkerung von rund 500 Millionen Bürgern, die Schweiz zählt 8 Millionen Bewohner. Wenn die EU morgen sämtliche Schweizer heim schicken würde, so würde die Wohnbevölkerung in ihrem Heimatland schlagartig um 5,5 Prozent zunehmen. Wenn umgekehrt die Schweiz alle EU-Bürger ausweisen würde, so nähme die Bevölkerung in der EU-27 um 0,25 Prozent zu – ein fast vernachlässigbarer Zuwachs.

3. Die Grenzgänger: Einer der am häufigsten genannten Gründe, weshalb die EU auf gute Beziehungen zur Schweiz erpicht sein soll, bildet die Gruppe der Grenzgänger, die im dritten Quartal 2013 genau 277 356 Personen umfasste. Nach der Zahlungsbilanz-Statistik der Nationalbank erfolgten 2012 Lohnzahlungen in Höhe von 20 Milliarden Franken an diese Arbeitnehmer – eine Geldfluss, auf den die Schweiz-Anrainer Deutschland, Frankreich und Italien sicherlich ungern verzichten würden. Für die Grenzregionen sind diese Arbeitsplätze ohne Zweifel von vitalem Interesse. Auch hier ist jedoch festzustellen, dass sie gemessen am Gesamtarbeitsmarkt der jeweiligen Länder von relativ geringem Gewicht sind. Nehmen wir das Beispiel von

Frankreich, das mit knapp 150 000 „frontaliers“ mit Abstand am meisten Grenzgänger stellt: Wenn man diese Zahl in ein Verhältnis zu den 25 Millionen französischen Erwerbstätigen setzt, dann bilden die Grenzgänger davon lediglich 0,6 Prozent. Im Fall Italiens sind es 0,28 Prozent, im Fall Deutschlands 0,14 Prozent. Das bedeutet nicht, dass insbesondere Frankreich und Italien, wo die Arbeitslosigkeit hoch ist, nicht ein Interesse daran hätten, den Grenzgängern ihre Arbeitsplätze zu sichern. Von strategischem volkswirtschaftlichen Gewicht sind jedoch auch die Grenzgänger für keinen unserer Anrainerstaaten.

Letztlich führen alle statistischen Betrachtungen immer wieder auf dieselbe Grundgegebenheit zurück: Die Schweiz ist für die europäische Wirtschaft in vielerlei Hinsicht ein wertvoller Partner, aber die Dimensionen der beiden Wirtschaftsräume sind dermassen unterschiedlich, die EU-27 mit ihrem BIP von 15,6 Billionen ist so viel grösser als die Schweiz mit ihren 0,6 Billionen, dass das Verhältnis zur EU für die Schweiz massiv viel wichtiger ist als das Verhältnis zur Schweiz für die EU. Bisher hat die Schweiz sicherlich davon profitiert, dass grenznahe Regionen wie zum Beispiel Baden-Württemberg, das sehr enge Wirtschaftsbeziehungen mit dem Nachbarland unterhält, für gute Beziehungen lobbyieren. Dass innerhalb der EU die Interessen sehr unterschiedlich sind und dass es unzählige Vetomächte gibt, hat bisher die helvetische Position gestärkt. Nationale Entscheidungsträger und die EU-Kommission dürften gute Beziehungen zur Schweiz jedoch als von sehr untergeordneter Relevanz bewerten. Insofern kann unserem Land nichts Schlechteres passieren, als dass die bilateralen Beziehungen, wie das nun unweigerlich geschehen wird, zur ausdrücklichen Chefsache werden.

Schmoren und Garen *Markus Spillmann, Chefredaktor, in der NZZ vom 15.2.14*

Es wird Scherbengericht gehalten im Lande Tells. Die Sieger der Abstimmung über die Begrenzung der Einwanderung triumphieren, die Gegner grübeln. Es passt ins Bild ihrer tiefen Verunsicherung, dass sie sich in den ersten Stunden der bitteren Niederlage wieder in den Haaren lagen – und sich auf linker Seite in Dämlichkeiten verloren, die von einem sehr geringen staats- und demokratiepolitischen Verständnis zeugen. Dabei kam der Triumph der strukturkonservativen und wachstumsskeptischen Schweiz nicht auf leisen Sohlen. Seit Jahren weitet sich der Graben zwischen einer binnenorientierten Schweiz, die in der Globalisierung keine Wachstumsvorteile mehr sieht, und einer international immer stärker verflochtenen Wirtschaft. Es sind längst nicht nur Rechtsbürgerliche oder Ausländerfeindliche, die auf mehr Souveränität und nationalstaatliche Autonomie pochen. Das Unbehagen reicht weit ins bürgerliche, linke und ökologische Lager.

Weit mehr als ein Systemwechsel

Der zurückliegende Abstimmungskampf hat deutlich gemacht, dass es den liberalen Kräften in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft nicht mehr gelingt, existierende Sorgen und Nöte in Teilen der Bevölkerung in jene Proportionen zu rücken, die diesen angesichts der Vorteile für das Land objektiv zukommen. Zersiedelung, Stau, überfüllte Züge, Kriminalität, Sozialhilfemissbrauch oder ausbleibende individuelle Wohlstandsgewinne gibt es. Mit der Personenfreizügigkeit hat solches – wenn überhaupt – nur am Rande zu tun, die spezifische Situation etwa im Tessin einmal ausgeklammert. Es ändert aber nichts daran, dass das Votum des Souveräns den verfassungsrechtlichen Spielregeln gehorcht und ohne Wenn und Aber zu akzeptierend ist.

Es ist freilich ebenso legitim und notwendig, auf die Konsequenzen hinzuweisen, die das Verdikt hat. Wer sehenden Auges in eine Wand fährt und dann behauptet, es tue gar nicht weh, ist nicht schmerzresistent, sondern fahruntauglich. Am 9. Februar 2014 ist nicht einfach nur ein Systemwechsel bei der Steuerung der Einwanderung beschlossen worden. Sondern der Souverän hat explizit auch Ja gesagt zu einer Infragestellung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, dem mit Abstand wichtigsten Handelspartner der Eidgenossenschaft. In einer zentralen europapolitischen Frage hat erstmals jene Schweiz obsiegt, die sich zurücksehnt nach dem Vorrang des Nationalen, der absoluten Selbstbestimmung

und der Reduktion auf das Nützliche für die eigene Bevölkerung. Diese Schweiz steht der zunehmenden Verflechtung mit der EU sehr skeptisch gegenüber.

Das ist der eigentliche Sieg für die SVP und ihren Taktgeber Christoph Blocher. Es ist ihnen nach Jahren der hartnäckigen Bearbeitung des Themas und vielen Niederlagen endlich gelungen, den ungeliebten Bilateralismus zu knacken. Jenes fragile Konstrukt also, das sinnigerweise die Frucht des ebenfalls von Blocher erfolgreich bekämpften Beitritts der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) von 1992 ist. Das Herausbrechen eines zentralen Elements der Verträge – die gegenseitige Gewährung der freien Migration zum Zweck der Berufsausübung – war strategisch imminent wichtig für die SVP. Perfekt orchestriert folgt nun eine Kaskade weiterer Vorstösse: etwa der Kampf gegen Schengen/Dublin oder die Bekämpfung eines institutionellen Rahmenabkommens zur Dynamisierung des Bilateralismus.

Entsprechend schwierig ist es für den Bundesrat, mit Brüssel in einen konstruktiven Verhandlungsprozess einzutreten, der auch innenpolitisch mitgetragen wird. Die SVP hat es dank dem Sieg in einem Dossier über Nacht geschafft, die Deutungshoheit über die ganze europapolitische Agenda zurückzugewinnen. Den Souverän im Rücken, kann sie auf eine rasche und kompromisslose Umsetzung der Initiative pochen, wohlwissend, dass dies ohne Zugeständnisse an der Aussenfront zu einem Bruch der Verträge mit Brüssel führen wird. Die EU wiederum wird keine Geschenke machen, weil sie einerseits angesichts der innereuropäischen Debatte um die Personenfreizügigkeit kein Präjudiz zulassen darf, andererseits dem Nicht-Mitglied Schweiz keine Sonderrechte einräumen will. Es naht das Wahljahr 2015, weitere knackige Abstimmungskämpfe gilt es auszufechten, nicht Konsens, sondern Konfrontation wird die politische Agenda bestimmen.

Die Wirtschaft übt sich eifrig im Schulterschluss, der immer weniger gelingen will zwischen binnenorientiertem Unternehmertum und global agierenden Firmen, von denen einige unter der Dominanz internationaler Investoren stehen. Ein Schelm, wer vor diesem Hintergrund eine «harte und kompromisslose» Verhandlungsführung fordert: Das Dossier Finanzmarkt belegt, wie rasch aus einer Position der Stärke eine des Getriebenseins wird. Die Schweiz reagiert, wenn auch im autonomen Nachvollzug, aber sie führt im Eiltempo aus, was andere diktieren, und sie schleift dabei auch jene Türme und Mauern, von denen man bis vor kurzem noch behauptete, sie seien unüberwindbar.

Die Gretchenfrage stellen

In der Europapolitik wird nun wieder eine Phase des Schmorens und Garens beginnen, wie schon nach dem Nein zum EWR zwischen 1992 und 2000. Allerdings haben sich seither die Rahmenbedingungen fundamental verändert. Das Europa der Lissabonner Verträge zählt inzwischen 28 Mitgliedstaaten und ist stärker integriert denn je. Europa geht es derzeit nicht gut. Aber die EU wird auch in geschwächter Form für die USA, Indien oder China allemal wichtiger sein als jeder noch so potente europäische Nationalstaat. Das hat Berlin begriffen, Paris trotz nationalem Chauvinismus auch – und selbst die Briten wissen, dass ihr Pochen auf den insularen Sonderstatus nur so lange funktioniert, wie sie mit dem Kontinent institutionell verbunden sind. Die Schweiz war mächtig stolz über das Freihandelsabkommen mit China; allein mit Baden-Württemberg ist der Handel grösser. Die EU verhandelt derweil mit den USA, die Schweiz ist aussen vor. Es sind dies nur wenige Beispiele einer sich verändernden Geopolitik, die wirtschaftliche und institutionelle Triebkräfte freisetzt.

Noch gilt der bilaterale Weg als jener für Könige. Soll er nicht einer für Knechte werden, müssten jene Kräfte, die eine offene, föderale und liberale Schweiz befürworten, nun als Gegenentwurf zur SVP aufzeigen, wie sie das Land in Europa verankert halten wollen. Dabei sollte nicht erneut der Fehler begangen werden, den Preis der Integration kleinzureden. Ob im Lichte der Kosten des Abseitsstehens eine Mehrheit der Bevölkerung bereit ist, diesen zu zahlen, ist dann zu testen.

Der Schweizer als Höhlenmensch

Von Thomas Hürlimann * in: **FAZ 11.02.2014.**

„Gegen Masseneinwanderung“: Warum stimmte eine Mehrheit der Schweizer für die Initiative? Unser Autor hat sich das genau überlegt. Er musste sich entscheiden. Der Rückzug in die Höhle entspricht unserem Bergler-Geist“, sagt der Schweizer Autor Thomas Hürlimann.

Es mag paradox klingen, stimmt aber fast immer: Die schweizerische Demokratie funktioniert, wenn es bei Volksabstimmungen nur eine relativ geringe Beteiligung gibt, am besten um die zwanzig, dreißig Prozent. Denn dann gehen wie zu Gottfried Kellers Zeiten vor allem die politisch Informierten - man könnte auch sagen: die Zeitungsleser - an die Urne. Kluge Resultate sind die Folge. Dieses Mal aber waren es mehr als fünfzig Prozent. Betrachtet man die Schweiz seit der Gründung des Bundesstaats im Jahr 1848, kamen bei solchen Stimmanteilen in der Regel Fehlentscheide heraus. Beim Wahlrecht für Frauen etwa: Ich weiß gar nicht mehr, wie oft das abgelehnt wurde. Je mehr Leute, Friedrich Nietzsche hat recht, direkte Demokratie ausüben, desto eher kommt es zur Diktatur der Mittelmäßigkeit.

Eine gewisse Ausnahme war die Ablehnung des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum im Jahr 1992. Auch damals war die Beteiligung sehr hoch, ebenfalls mehr als fünfzig Prozent - genau das hat mir im Nachhinein zu denken gegeben. Ich war, wie jetzt, in einem heftigen Widerstreit: Wie stimme ich ab? 1992 ging es um eine Jahrhundert-Entscheidung, und die Diskussion vor der Abstimmung war sehr viel differenzierter. Ich habe letztlich gegen Europa votiert.

Die große Unsicherheit vor Wahl

Die knappe Zustimmung zur jetzigen Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ hat vor allem damit zu tun, dass sich außer der SVP sämtliche Parteien dagegen aussprachen. Das ist in der Schweiz immer gefährlich. Wenn die Leute das Gefühl haben, es herrsche in der Politik und in den Medien eine Art Mainstream, provoziert dies den alteidgenössischen Widerspruchsgeist. Mich hätte er beinahe auch erfasst. Letztlich habe ich der Initiative widersprochen - aus Dankbarkeit. Während der Spitalbehandlung, die ich hinter mir habe, hatte ich sehr gute Ärzte, Schwestern und Pfleger, die meist aus Deutschland, jedenfalls nicht aus der Schweiz kamen. Auch ihnen zuliebe habe ich mit Nein gestimmt.

Sehr unsicher wurde ich am Sonntagmorgen, als ich zur Wahlurne im Dorfschulhaus spazierte. Denn die „NZZ am Sonntag“ machte mit der Schlagzeile auf, dass uns der deutsche EU-Parlamentspräsident Martin Schulz Schwierigkeiten androhe, wenn wir der Initiative zustimmten. Das gefiel mir nicht. Ich halte es für möglich, dass Christoph Blocher, der starke Mann der SVP, selbst für dieses **Interview** gesorgt hat. Er wusste, wie sich Schulz äußern würde und dass dies Wasser auf seine Mühlen bedeutete. Weniger als 20 000 Stimmen haben den Ausschlag gegeben - und für die hat Martin Schulz gesorgt.

Widerstand gegen die Supranation

Um das Ergebnis zu verstehen, muss man vom Reduit sprechen. Das Reduit war die Alpenfestung, in die sich die Schweizer Armee während des Zweiten Weltkriegs bei einem Angriff der Wehrmacht zurückgezogen hätte. Der Rückzug in die Höhle entspricht unserem Bergler-Geist. Ein Äquivalent zur Höhle ist der Banktresor in der Zürcher Bahnhofstraße. Es gibt, Elias Canetti hat recht, so etwas wie Nationalsymbole. Und was den Deutschen der Wald, ist uns die Höhle - dort hinein haben wir uns jetzt zurückgezogen.

Gegen die Initiative gestimmt habe ich vor allem, weil ich es unserer Regierung nicht noch schwerer machen wollte bei ihren Verhandlungen mit den europäischen Institutionen. Die Verträge, die es gibt, sagte die Vernunft, gilt es zu erfüllen und zu schützen, sonst werden wir unglaubwürdig. Mit Sicherheit sehr zwiespältig werden die Folgen für unser Ansehen im Ausland sein. Die Hälfte des Jahres lebe ich in Berlin. Gar nicht so wenige Leute sagen mir dort: Ihr wehrt euch wenigstens noch, ihr lasst nicht alles mit euch machen. Jetztmenschen hingegen, die sich im supranationalen Raum aufgehoben fühlen, werden den Ausgang der Volksabstimmung für einen Rückfall ins neunzehnte Jahrhundert halten. Ich glaube nicht an das Überleben des supranationalen Gebäudes namens Europa.

* Der Schweizer Autor **Thomas Hürlimann**, Sohn des ehem. Bundesrates Hans Hürlimann, lebt in der Nähe von Zug und in Berlin.

UMGEKEHRT PROPORTIONAL

Daniel Binswanger im „Das Magazin“ des TAGESANZEIGER, 11. Februar 2014

Was bedeutet die Annahme der Masseinwanderungsinitiative für die Zukunft des Landes? Wie ist es zu dem Entscheid gekommen? Erste Lehren können gezogen werden. Innenpolitisch dürfte der Hauptbefund lauten: Es gibt zwar viele ernst zu nehmende und legitime Gründe, weshalb die Personenfreizügigkeit bei der Schweizer Bevölkerung unpopulär geworden ist, aber sie spielten für den Abstimmungsausgang eine sekundäre Rolle. Der Hauptgrund für den SVP-Erfolg ist die gute, alte Fremdenfeindlichkeit.

Außenpolitisch wird man noch etwas warten müssen, um zu sehen, wie weit die EU mit ihren Retorsionsmassnahmen wirklich gehen will. Eines scheint allerdings schon festzustehen: Retorsionen wird es geben, und sie werden sich nicht auf das Politikfeld der Niederlassungsfreiheit beschränken. Die helvetische Aufkündigung der Freizügigkeit wird Konsequenzen haben für den Waren- und Kapitalverkehr.

Über die Motive, welche die Schweizer Bevölkerung dazu angetrieben haben, die Personenfreizügigkeit zu beenden, gibt die Korrelation von Ja-Stimmen und Ausländeranteil in den Kantonen, die der Historiker Martin Grandjean in einem beeindruckenden Chart dargestellt hat, interessante Aufschlüsse. Sie ist genau umgekehrt, wie man es erwarten würde: je tiefer der Ausländeranteil in einem Kanton, desto höher der Anteil der Ja-Stimmen für die SVP-Initiative. Der Kanton Zürich hat einen Ausländeranteil von knapp 25 Prozent, lehnte die Initiative jedoch ab. Im Kanton Bern hingegen leben unter 15 Prozent Ausländer – und trotzdem stimmte Bern der Vorlage zu. In Appenzell Innerrhoden, das mit etwa 10 Prozent den tiefsten Ausländeranteil aller Kantone hat, war die Zustimmung zur Initiative am zweithöchsten (63,5 Prozent). Im Kanton Uri ist es ähnlich. Einzige Ausnahme vom Gesetz der umgekehrten Proportionalität ist der Spezialfall Tessin.

Was folgt daraus? Nicht reale Erfahrungen, sondern ideologische Präferenzen gaben den Ausschlag. Dort, wo die unbestreitbar existierenden, negativen Folgen der Einwanderung wirklich spürbar sind, also in den Ballungszentren, in denen Wohnungsnot, Infrastrukturüberlastung und Siedlungsbrei tatsächlich ein Problem darstellen, blieb die Zuwanderungsbeschränkung chancenlos. In den konservativen Landkantonen jedoch, die von «Dichtestress» kaum betroffen sind, wurde die Ausländerkontingentierung mit hoher Mehrheit gut Geheiß. Es geht hier offensichtlich um ideologische Präferenzen. Die konservative, ländliche Schweiz will möglichst wenig Ausländer im Land, auch dort, wo die Anzahl dieser Ausländer weiterhin sehr bescheiden bleibt. Die konservative, ländliche Schweiz ist fremdenfeindlich. Sie hat nun eine Mehrheitsposition erobert. Sie diktiert heute dem ganzen Land die Außen- und Wirtschaftspolitik.

Das Gesetz der umgekehrten Proportionalität – dort, wo der Ausländeranteil besonders tief ist, ist die Ablehnung der Zuwanderung besonders stark – lässt sich nicht nur in der Schweiz beobachten. Es bestimmt beispielsweise auch die Wahlerfolge des französischen Front National. Gerade in Regionen mit sehr tiefem Ausländeranteil ist die Le-Pen-Partei besonders erfolgreich.

Was wird nun in Brüssel geschehen? Bereits am Montag wurde in der «Financial Times» darüber spekuliert, ob die eben erlassene EU-Richtlinie für Finanzdienstleister noch einmal revidiert werden müsse. Obwohl sie aus einem Drittstaat kommen, wird Schweizer Vermögensverwaltern mit der neuen Regelung ein großzügiger Marktzugang gewährt. Das könnte sich ändern. Nicht umsonst hat sich der luxemburgische Finanzminister mit sehr scharfer Schweiz-Kritik zu Wort gemeldet. Luxemburg wird zum automatischen Informationsaustausch mit den EU-Ländern übergehen müssen und lobbyiert dafür, dass der Schweizer Finanzplatz nachzieht. Angela Merkel hat sich der Forderung bereits angeschlossen. Jetzt ist der Moment, um den Druck massiv zu erhöhen.

Die Schweizer Standortpolitik befindet sich in einer Lose-lose-Situation. Zum einen wird das Ende der Personenfreizügigkeit die Ansiedlung von ausländischen Konzernzentralen erschweren. Zum anderen wird die verschärfte Forderung nach einem Abbau von Steuerprivilegien ein Teil der europäischen Retorsionsmassnahmen sein. Das Land gerät an mehreren Fronten in die Defensive. Es kommt unter Beschuss, nicht, wie normalerweise, weil es zu stark ist, sondern weil es sich selber schwächt.

Wie also lautet die erste Bilanz: Die wahren Gründe für die Aufkündigung der Freizügigkeit sind äußerst trist. Die Zukunftsszenarien sind leider nicht heiterer.

ALLES KOMMT GUT!

Daniel Binswanger im „Das Magazin“ in: vom 10. Februar 2014

Was macht ein guter Schweizer, wenn er mit radikaler Zukunftsungewissheit konfrontiert wird? Wenn er nicht weiss, ob ihm der Himmel auf den Kopf fällt oder doch alles gut und gemütlich bleibt? Er lächelt die Verunsicherung weg. Er redet die Sache klein. Kirche im Dorf lassen. Pragmatisch bleiben. Alles halb so wild. So lautet der helvetische Ur-Reflex. Gibt es ein Problem mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative? Aber wieso denn! Niemand weiss, was nun geschehen wird. Und das Schweizer Politik- und Mediensystem bemüht sich redlich so zu tun, als ob das ein gutes Zeichen wäre.

Die grossen Beschwichtiger dürften sich täuschen. Schon am Abstimmungsabend sind eine Reihe von unangenehmen Folgen des Volksentscheides deutlich geworden.

1. Die SVP hat ein Problem damit, in der Verantwortung zu stehen. Postwendend wurden von der Volkspartei Forderungen für eine sofortige Umsetzung aufgestellt, insbesondere die Forderung nach einer sofortigen Einführung des Inländervorrangs. Das ist natürlich Nonsense: Der Inländervorrang kann erst mit dem Kontingentsystem eingeführt werden, und das Kontingentsystem sollte – sofern möglich – zunächst mit der EU verhandelt werden. Die Forderung nach Sofort-Umsetzung erfüllt eine andere Funktion: Die SVP will nicht die Verantwortung übernehmen für die potenziell sehr unangenehmen Folgen ihres Siegs. Sie wird sie der bundesrätlichen Umsetzung anlasten.

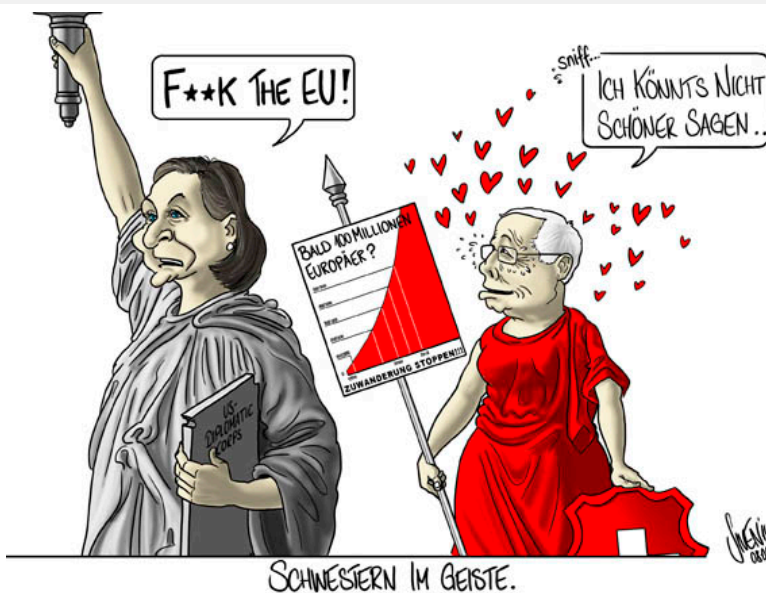
2. Die EU wird gezwungen sein, mit Härte zu reagieren – nicht obschon, sondern weil es in vielen EU-Ländern nationalistische Bewegungen gibt, welche die Personenfreizügigkeit ebenfalls abschaffen wollen. Le Pen, Wilders und Farage sind die begeistertesten Gratulanten. Wenn Brüssel die Schweiz nicht abstrafft, wird es innereuropäisch jede Glaubwürdigkeit verlieren. Von den vier Grundfreiheiten ist die Personenfreizügigkeit politisch die wichtigste. Man wird vielleicht einen Weg finden, um den verschrobene Eidgenossen ihre Extra-Wurst zuzugestehen. Aber man wird dafür sorgen müssen, dass es ihnen weh tut. Sehr weh tut.

3. Der Bundesrat wollte nicht denselben Fehler begehen wie nach der Niederlage im EWR-Abstimmungskampf und hat es peinlichst vermieden, von einem „schwarzen Tag“ zu sprechen und zu betonen, wie schwerwiegend der Entscheid ist. Stattdessen verbeugt man sich ehrfurchtsvoll vor dem so genannten Volkswillen und versichert, man werde das Beste daraus machen. Die Haltung entbehrt nicht der Heuchelei: Die aussenpolitischen Verwerfungen könnten epochale Dimensionen haben. Es wäre schön, wenn die Landesregierung diese Tatsache den Stimmbürgern nicht verheimlichen würde.

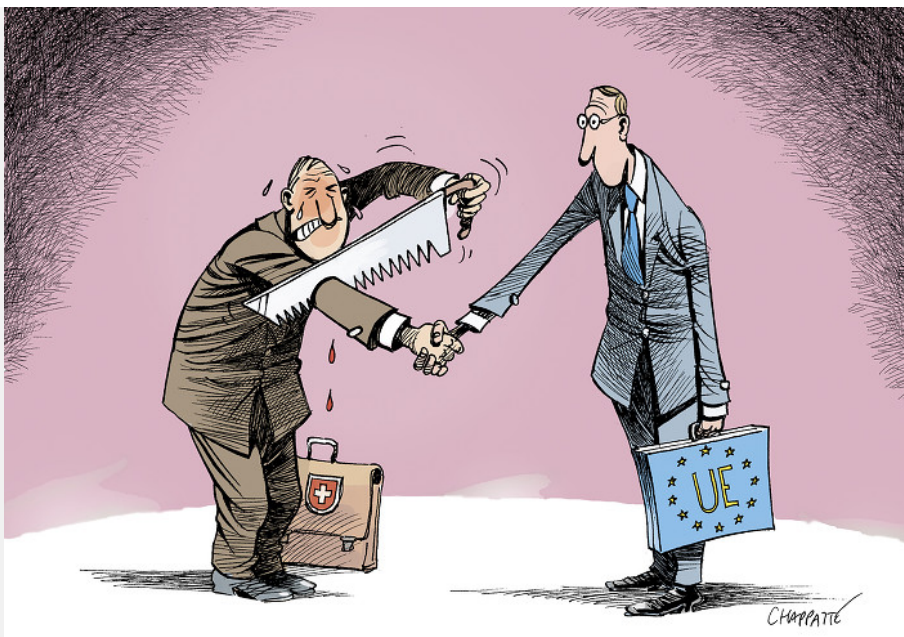
4. Die SVP will sich nicht festlegen, wie viele Einwanderer für sie denn richtig und tolerabel wären. Im Abstimmungskampf zirkulierte die Zahl von 40 000 bis 45 000 zusätzlich niedergelassenen Ausländern pro Jahr, aber da dies viel zu wenige wären, um den aktuellen Arbeitskräftebedarf zu decken, würde man sich von dieser Zahl wohl auch wieder verabschieden können. Allerdings soll eine deutliche Senkung der heutigen Zuwanderung erzielt werden. Kontingente, die so gross sind, dass sie den status quo der Migration fortsetzen, wären politisch kaum vertretbar. Wie löst die SVP den Widerspruch zwischen Arbeitskräftebedarf und Senkung der Einwanderungszahlen? Sie will, wie das Toni Brunner gleich in der Elefanten-Runde deklarierte, zurück zum Saisonier-Statut. Befristete Arbeitsbewilligungen, ohne Recht auf Sozialleistungen und vor allem ohne Recht auf Familiennachzug – auf diesem Weg sollen die Ausländerzahlen gesenkt werden. Abgesehen davon, dass das Saisonier-Statut eine barbarische Form der Diskriminierung darstellt, würde seine Renaissance zur allerfälschesten Strukturentwicklung des Schweizer Arbeitsmarktes führen: Nur im Tiefstlohnbereich sind Migranten bereit, eine solche Rechtlosigkeit zu akzeptieren. Wir werden unsere Wirtschaft vermehrt auf Landwirtschaft (Spargelstecher) und Massenindustrieproduktion (ungerne Arbeiter) zurückdrehen müssen, wenn Saisoniers nun das Gros der Schweizer Arbeitsimmigration abdecken sollen. Hochqualifizierte Einwanderer werden ohne Frau, Kind und Sozialversicherung nicht kommen. Pharma und Maschinenbau dürften einen Teil ihrer Produktion in EU-Länder auslagern, weil sie nur noch dort die hochqualifizierten Fachkräfte auf unkomplizierte Weise bekommen. Kein Problem, dafür steigern wird die Spargelproduktion!

5. Der Kampf um die flankierenden Massnahmen ist eröffnet. Wie twittete doch FDP-Nationalrat Ruedi Noser so schön: „Da wir jetzt zu Kontingenten wechseln, brauchen wir auch keine weiteren flankierenden Massnahmen mehr.“ Die SVP wird versuchen, einen Teil der Bürgerlichen mit ihrer Niederlage zu versöhnen, indem sie Hand bietet zur Schleifung des gesetzlichen Schutzes von Niedriglöhnen. Es würde nicht überraschen, wenn die Einwanderungsbeschränkung für viele Arbeitnehmer mit Schweizer Pass eine deutliche Verschlechterung brächte.

Aber über alle diese Probleme wollen wir uns nicht zu grosse Sorgen machen. Alles halb so wild. Muss man einen Volksentscheid nicht ernst nehmen? So ernst, dass man ihn irgendwie ja auch gutheissen sollte? Ist es nicht anerkennenswert, dass „das Unbehagen im Volk“ nun ein Ventil gefunden hat? Auch wenn in den Ballungszentren, die von Einwanderung tatsächlich betroffen sind, die Initiative abgelehnt wurde, während sie in der ruralen Schweiz, in die sich nie ein Einwanderer verirrt hat, geradezu triumphiert? Die Zukunftsunsicherheit ist immens. Es herrscht die grosse Ahnungslosigkeit. Aber hey, direkte Demokratie hat immer Recht. Bitte lächeln. Es kommt gut.



<http://www.swen.ch/> 9.2.2014



Chappatte 10.2.2014